

## **Geschäftsprüfungskommission** **Minderheitsantrag**

Volksinitiative für ein unentgeltliches und politisch neutrales Publikationsorgan  
Bewilligung eines jährlich wiederkehrenden Kredits von Fr. 190'000.-- für die  
Schaffung eines gemeindeeigenen Publikationsorgans

---

### **Ausgangslage**

Am 29. Januar 1996 wurde die Volksinitiative für ein unentgeltliches und politisch neutrales Publikationsorgan mit knapp 500 gültigen Unterschriften eingereicht. Diese grosse Zahl von Unterschriften war innert 4 Wochen zusammengekommen.

Die Initianten stossen sich vor allem daran, dass zwar rund eine Viertelmillion Franken an Steuergeldern für die amtlichen Publikationen und weitere Informationen ausgegeben werden, die interessierte Bevölkerung aber beide als Publikationsorgane bestimmten Zeitungen zusätzlich abonnieren muss, um informiert zu sein. Zudem ist es in den Jahren vor Einreichung der Initiative einige Male vorgekommen, dass der Stadt-Anzeiger mit einseitigen, tendenziösen Berichten einen Teil der Bevölkerung gegen sich aufgebracht hat (Im Sommer 1996 wurde der Verleger des Stadt-Anzeigers deshalb auch vom Presserat gerügt.).

Nach einer Beschwerde und deren Behandlung durch den Bezirksrat wurde die Initiative Ende 1996 in den Hauptpunkten für gültig erklärt.

### **Bericht**

Anfang 1997 fanden einige Gespräche mit Vertretern des Initiativkomitees und dem Verleger des Stadt-Anzeigers statt. Ferner wurden im Laufe des Jahres einige Offerten eingeholt. Jedoch erst kurz vor Ablauf der Behandlungsfrist legte der Stadtrat am 31. März 1998 den vorliegenden Antrag zum ersten Mal dem Gemeinderat vor.

Dieser Antrag enthält eine Minimallösung, die zwar für die Erfüllung des Wortlauts der Initiative gerade ausreichen würde. Da jedoch niemand mit dieser Lösung besonders glücklich wäre, hörte die GPK selbst die Parteien noch einmal an. Anschliessend forderte sie den Stadtrat auf, weitere Einigungsverhandlungen durchzuführen. Diese dauerten noch einmal ein knappes halbes Jahr, gingen aber nicht über eine einmalige Korrespondenz mit den beiden Parteien hinaus.

### **Fazit**

Wegen verschiedenen Verzögerungen ist seit der Einreichung der Initiative viel Zeit vergangen, und das Anliegen der UnterzeichnerInnen scheint nicht mehr so aktuell wie damals. Doch muss man sich vor Augen halten, dass die damalige Situation knapp 500 unzufriedene Stimmberechtigte dazu bewog, innert 4 Wochen die Initiative zu unterschreiben.

Ausserdem hat der Stadtrat nicht geprüft, was für ein Angebot mit der gesamten, heute für amtliche Publikationen ausgegebenen Summe gemacht werden könnte (Rechnung 1998: rund Fr. 247'000.-- / Voranschlag 1999: Fr. 240'000.--). Würde dieselbe Summe für ein gemeindeeigenes Publikationsorgan eingesetzt werden, könnten auch Berichte zu kulturellen, sozialen, sportlichen und anderen Themen abgedruckt werden (Beiträge von Vereinen, Kirchgemeinden etc.). Auf diese Weise müsste ein gemeindeeigenes Publikationsorgan keine Informationsverminderung gegenüber dem Status Quo bedeuten.

Um dem Anliegen der unterzeichneten StimmbürgerInnen gerecht zu werden, muss der Antrag des Stadtrates trotz Vorbehalten angenommen werden. In diesem Fall wird dem Stadtrat nahegelegt, nicht nur eine Minimallösung umzusetzen, sondern mit mehr Geld ein umfang- und inhaltsreicheres Publikationsorgan zu verwirklichen.

### **Antrag**

Die Minderheit der GPK beantragt dem Gemeinderat, den Antrag des Stadtrates für die Schaffung eines gemeindeeigenen Publikationsorgans anzunehmen.

Opfikon, 19. Mai 1999

Sprecherin im Rat: Priska Brühlhart

Geschäftsprüfungskommission  
der Stadt Opfikon

Ein Mitglied: